



FÜR DATENVERARBEITUNG
UND RATIONALISIERUNG
IN DER JUSTIZ

88. Sitzung am 23. und 24. November 2010 in Genf

Beschlüsse

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

Zu TOP 1 b)

Das Protokoll der 87. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung wird genehmigt.

Zu TOP 1 c)

Die Tagesordnung für die 88. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz wird genehmigt.

Beschlüsse

TOP 2

Entwicklung des bundesweiten Justizportals

- a) Stand der technischen Weiterentwicklung
- b) Grundbuchportal
- c) ZVG - Portal
- d) Justizauktion
- e) Insolvenzbekanntmachungen
- f) Elektronische Gerichtstafel
- g) Formularserver
- h) Rechtsdienstleistungsregister
- i) Dolmetscher- und Übersetzerdatenbank

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

- 1. Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „Entwicklung eines bundesweiten Justizportals“ zur Kenntnis und bittet um Fortführung der darin geschilderten Aktivitäten.**
- 2. Sie bittet die Landesjustizverwaltungen Hessen und Nordrhein-Westfalen, IT.NRW mit der Erstellung der „Ladentheke“ für Online-Formulare und der Entwicklung der ersten beiden Dialogformulare zu beauftragen.**
- 3. Die Landesjustizverwaltung Nordrhein-Westfalen wird gebeten, die erforderlichen Lizenzen zu erwerben, um ein Internet-Angebot der 10 meistverwendeten bundeseinheitlichen Formulare als PDF-Formular mit Datenspeicherung zu ermöglichen. Die entsprechenden Formulare werden innerhalb der AG „Entwicklung des bundesweiten Justizportals“ abgestimmt. Die Landesjustizverwaltung Nordrhein-Westfalen wird zudem gebeten, Alternativen mit kostengünstigen Anbietern zu prüfen.**

Beschlüsse

TOP 3

AG „Nutzung juristischer Informationssysteme“

- a) Stand der Zusammenarbeit mit der Juris GmbH
 - Vertragsverletzungsverfahren
 - Angebote aus der Kooperation mit den Verlagen Otto Schmidt und Giesecking
- b) Stand der Zusammenarbeit mit dem Verlag C.H. Beck
- c) Stand der Zusammenarbeit mit der LexisNexis Deutschland GmbH

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der AG „Nutzung juristischer Informationssysteme“ zur Kenntnis.

Beschlüsse

TOP 4

AG „IT-Standards in der Justiz“

- a) Sachstand der Umsetzung von S.A.F.E.
- b) XJustiz, Releaseplanung und XÖV
- c) Bericht Co-Vorsitz LK EGVP

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

- 1. Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der AG „IT-Standards in der Justiz“ zustimmend zur Kenntnis.**
- 2. Die BLK beauftragt die AG „IT-Standards in der Justiz“, die Aufgabenverteilung für die Fortentwicklung und die Pflege von XJustiz zwischen der OSCI-Leitstelle und der XJustiz-Pflegestelle vor dem Hintergrund des aktuell erreichten technologischen Standes von XJustiz und mit Blick auf die Ablösung der OSCI-Leitstelle durch die KOSIT im Zuge der Errichtung des IT-Planungsrates zu überprüfen.**
- 3. Die BLK beauftragt die AG im Zusammenhang mit S.A.F.E. und dem EGVP,**
 - die Konzeption zu Rollen und Rechten in Abstimmung mit der BNotK und anderen Institutionen (z.B. BRAK) in Abstimmung mit der BLK-AG Justizportal und der Kommission ERV zu konkretisieren und erforderliche CRs in S.A.F.E. bzw. im EGVP vorzubereiten und abzustimmen,**
 - die Informations- und Abstimmungsgespräche mit dem Vorsitz der Datenschutzkonferenz (BW) fortzusetzen und ein Votum der Datenschutzkonferenz zu S.A.F.E. einzuholen,**
 - die Migrationsplanungen in Abstimmung mit IT.NRW, dem LK EGVP und dem LA Governikus mit dem Ziel, den Registrierungsdienst im EGVP im ersten Halbjahr 2011 zu ersetzen, fortzusetzen und**
 - eine Konzeption für den Betrieb von S.A.F.E. durch IT.NRW zu erarbeiten und die Kosten und Service-Level mit der BLK abzustimmen sowie**

Beschlüsse

- den Einstieg in den Pilotversuch mit DE-Mail in Abstimmung mit dem BMI weiter voranzutreiben und dabei insbesondere die Umsetzung des OSCI-DE-Mail-Gateways auf der Basis des „Konzepts für die Integration von De-Mail und OSCI-basiertem elektronischen Rechtsverkehr“ des BSI zu prüfen und fortzuentwickeln.

Die BLK ist sich gleichzeitig darüber einig, dass weiterhin geprüft werden soll, ob und in welchen inhaltlichen Bereichen zum Beispiel DE-Mail auch ohne OSCI-Einbindung für die Kommunikation im Justizbereich eingesetzt werden kann.

4. Die BLK beauftragt die AG-IT, die Arbeiten an den allgemeinen technischen Richtlinien für die Kommunikation als Anlage für die OT-Leit ERV fortzusetzen und dabei die Erhebungen der UAG Kommunikationsinfrastruktur der AG ERV zu den justizfachlichen Anforderungen an Webservices zu berücksichtigen.

Beschlüsse

TOP 9

Themenschwerpunkt „Elektronischer Rechtsverkehr / elektronische Akte“

- a) Ergebnisse des Amtschäfttreffens im September 2010
- b) Stand der E-Justice Bundesratsinitiative
- c) Produktneutrale Infrastruktur
- d) Elektronische Akte
 - Projekt elektronische Akte in Strafsachen im BMJ
 - künftiges Projekt elektronische Akte in Zivilsachen im BMJ (?)
 - Ergebnisse der UAG „elektronische Akte“ der AG - ERV
 - Projekte zur Konzeption / Einführung elektronischer Akten in den Bundesländern / beim Bund
 - Möglichkeiten der Konsolidierung
- e) Bericht der Arbeitsgruppe „elektronischer Rechtsverkehr“

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

- 1. Die BLK nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe Elektronischer Rechtsverkehr zur Kenntnis und bittet um Fortführung der aufgezeigten Aktivitäten.**
- 2. Die BLK stimmt dem Vorhaben der Arbeitsgruppe Elektronischer Rechtsverkehr auf Erarbeitung von Regelungen für den elektronischen Rechtsverkehr in Grundbuchsachen sowie der Erweiterung und Fortführung ggf. nur einer Musterrechtsverordnung zu.**
- 3. Die BLK sieht die Notwendigkeit, eine gemeinsame, für alle sechzehn Bundesländer tragbare Strategie zur Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs inklusive der elektronischen Aktenführung zu formulieren. Sie beauftragt ihre AG „Zukunft“, unter**

Beschlüsse

Berücksichtigung der unterschiedlichen aktuellen Anforderungen und Aktivitäten einen Vorgehensvorschlag zu erarbeiten. Insbesondere sollen dabei

- a) die Vorgaben der Amtschefs der Justizressorts aus ihren Treffen in Görlitz und Berchtesgaden im April bzw. September 2010,**
- b) die bisherigen Ergebnisse der eJustice-Bundesratsinitiative,**
- c) die Ergebnisse der Unterarbeitsgruppe „Konsequenzen der Ausweitung des elektronischen Rechtsverkehrs“,**
- d) die Ergebnisse der Unterarbeitsgruppe „elektronische Akte“**

Berücksichtigung finden.

Der Vorgehensvorschlag soll dann auf einem gemeinsamen Workshop aller sechzehn Bundesländer diskutiert, ggf. angepasst und als Vorschlag für eine strategische Ausrichtung den Amtschefs, ggf. dem künftigen eJustice-Rat, zur Verabschiedung vorgelegt werden.

Beschlüsse

TOP 14	AG „Maschinell geführtes Grundbuch“ Stand des Projektes „EGB-neu“
---------------	---

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

Die BLK nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „Maschinell geführtes Grundbuch“ zur Kenntnis und bittet um Fortführung der Aktivitäten.

Beschlüsse

TOP 15	AG „Vollstreckungsportal“
---------------	----------------------------------

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

- 1. Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „Vollstreckungsportal“ zur Kenntnis und bittet um Fortführung der Aktivitäten.**
- 2. Die Landesjustizverwaltung Nordrhein-Westfalen wird gebeten, den Auftrag zur Errichtung des bundesweiten Vollstreckungsportals auf der Basis des von der Arbeitsgruppe geprüften Angebots zu erteilen.**

Beschlüsse

TOP 16

AG „Maschinell geführte Register“

- a) allgemeiner Sachstand
- b) Schiffsregister

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „Maschinell geführte Register“ zur Kenntnis und bittet um Fortführung der dargestellten Aktivitäten.

Beschlüsse

TOP 17

Sachstandsberichte der Arbeitsgruppen:

- a) „EDV-Gerichtstag“
- b) „Anbindung an das Vorsorge- und Testamentsregister“
- c) „ADV-Sachkommission im Strafvollzug“

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

zu TOP 16 a) AG „EDV-Gerichtstag“:

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „EDV-Gerichtstag“ zur Kenntnis.

zu Top 16 b) AG „Anbindung an das Vorsorge- und Testamentsregister“

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „Anbindung an das Vorsorge- und Testamentsregister“ zustimmend zur Kenntnis und bittet um Fortsetzung der aufgezeigten Aktivitäten.

zu TOP 16 c) „ADV-Sachkommission im Strafvollzug“

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der Sachkommission „ADV im Strafvollzug“ zur Kenntnis.



FÜR DATENVERARBEITUNG
UND RATIONALISIERUNG
IN DER JUSTIZ

88. Sitzung am 23. und 24. November 2010 in Genf

Beschlüsse

TOP 18	Nächste Sitzungen
---------------	--------------------------

Die **Frühjahrsitzung 2011** der BLK wird am 4. und 5. Mai 2011 in Baden-Württemberg stattfinden.

Die **Herbstsitzung 2011** der BLK wird am 23. und 24. November 2011 in Niedersachsen stattfinden.